



Armutsbericht 2022: LINKE fordert neues nachhaltiges Entlastungspaket

Laut Paritätischem Armutsbericht 2022 hat die Armut in Deutschland mit einer Armutsquote von 16,6 Prozent im zweiten Pandemie-Jahr (2021) einen traurigen neuen Höchststand erreicht. 13,8 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande aktuell zu den Armen gerechnet werden, 600.000 mehr als vor der Pandemie.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet angesichts der aktuellen Inflation mit einer weiteren Verschärfung der Lage und appelliert an die Bundesregierung, umgehend ein weiteres Entlastungspaket auf den Weg zu bringen, das bei den fürsorglichen Maßnahmen ansetzt: Grundsicherung, Wohngeld und BAföG seien bedarfsge-

recht anzuheben und deutlich auszuweiten, um zielgerichtet und wirksam Hilfe für einkommensarme Haushalte zu gewährleisten.

LINKE beantragt aktuelle Stunde im Bundestag

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Janine Wissler analysiert die aktuelle Lage, die Maßnahmen der Regierung und die Position der LINKEN in ihrer Rede:

„...Die Bundesregierungen haben es von Anfang an versäumt, der Belastung durch Corona ausreichende Maßnahmen entgegenzusetzen. Das Anwachsen der Armut ist schrecklich, aber das Ergebnis schlechter Politik. Und wir müssen davon ausgehen, dass die aktuellen Preissteigerungen die Lage weiter verschlimmern.

Die aktuellen Hilfen der Regierung sind planlos, zu wenig und zu wenig effektiv. Wir brauchen dringend ein nachhaltiges Entlastungspaket, das die Lasten gerecht verteilt. Statt der Lohnabhängigen müssen endlich die Reichen und vor allem die Krisengewinnler stärker besteuert werden.

DIE LINKE will alle Sozialleistungen sofort und langfristig spürbar erhöhen. Die steigenden Preise sollen mit langfristig verbilligten Tickets nach dem Vorbild des 9-Euro-Tickets, mit Mietendeckeln und kostengünstigen Grundkontingenten für Strom und Gas auf ein erträgliches Niveau gedrückt werden. Zur Finanzierung schlägt DIE LINKE neben einer Vermögenssteuer und der Abschaffung klima-



schädlicher Subventionen eine Übergewinnsteuer vor. Wer glaubt, die Menschen mit geringen Einkommen mit Einmalzahlungen und ähnlichem abspesen zu können, sollte einmal dem Hashtag [#IchBinArmutsbetroffen](#) folgen.

Armut in einem reichen Land ist moralisch einfach nicht vertretbar und die Hilfen der Regierung reichen hinten und vorne nicht.“



Ein Schutzschirm für Brandenburg

Preisexplosion stoppen! Menschen entlasten! Armut verhindern!

Angesichts der aktuellen Preiskrise schlagen wir vor, das Sondervermögens „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ zu öffnen und die derzeit ungenutzten finanziellen Spielräume zu nutzen, um die Menschen in Brandenburg, die Kommunen sowie die märkische Wirtschaft vor den Folgen der aktuellen Preiskrise zu schützen.

Konkret können auf diese Weise 500 Millionen Euro sofort mobilisiert werden.

Als Maßnahmen schlagen wir vor:

1. Für 150 Millionen Euro einen Energie-Härtefallfonds nach Berliner Vorbild zur Entlastung einkommensschwacher Personen und Haushalte einzurichten.

2. Für 100 Millionen Euro ein Unterstützungsprogramm für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, kommunale Energieversorgungsunternehmen und weitere von der Energiepreisexplosion erheblich beeinträchtigte kommunale Unternehmen zur Abfederung von Liquiditätsschwierigkeiten, die im Zuge der erhöhten Energiepreise aufkommen können, zu etablieren.

3. Für 100 Millionen Euro einen Hilfsfonds für energieintensive kleine und mittelständische Betriebe einzurichten, die derzeit von den Bundeshilfen nicht profitieren.

4. Für 50 Millionen Euro ein Sofortprogramm zur Unterstützung der sozialen Infrastruktur aufzusetzen, insbesondere zur Unterstützung der Tafeln, um deren Weiterbetrieb zu gewährleisten und das in der Krise besonders wichtige soziale Brandenburg zu schützen.

5. Für 100 Millionen einen Investitionsfonds Energie aufzusetzen, um Bürger:innen und Unternehmen in Brandenburg dabei zu unterstützen, auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Ferner schlagen wir für das Land Brandenburg vor:

6. Preiswerte an der Größe des Haushaltes orientierte Grundkontingente für Strom und Gas durch kommunale Energieunternehmen einzuführen

7. Einen Runden Tisch unter Beteiligung der Landesregierung, der Sozialverbände, der kommunalen Energieversorger und der kommunalen Spitzenverbände zu installieren, um regelmäßig über notwendige Maßnahmen zur Entlastung der Bürger:innen und kommunalen Unternehmen in Brandenburg zu beraten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass

8. die staatliche Preisaufsicht wieder eingeführt wird, um steigende Energie- und Gaspreise zu deckeln.

9. die Energiekonzerne und ihre Extraprofite in der Krise durch eine Übergewinnsteuer angemessen an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden.

10. Strom- und Gassperren gesetzlich verboten werden.

11. ein die Pendlerpauschale ablösendes Mobilitätsgeld für jeden Entfernungskilometer für alle Pendler:innen eingeführt wird, welches Geringverdienende nicht mehr benachteiligt.

12. Sozialleistungen (SGB II, SGB XII, BAFöG, Wohngeld) auf ein auskömmliches und menschenwürdiges Niveau zur Sicherung der Lebensgrundlagen angehoben werden.

Hintergrund:

Die Preise in Deutschland steigen massiv und so stark wie seit 50 Jahren nicht – in Brandenburg noch mehr als im Bundeschnitt. Die Ursachen sind vielfältig: Gestörte Lieferketten aufgrund Chinas Null-Covid-Politik, Spekulation an den



internationalen Energiebörsen, vor allem aber die Sorge vor einem Ausbleiben russischer Öl- und Gaslieferungen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine und der daraufhin verhängten Sanktionen des Westens.

Die seit Monaten steigenden Energiekosten bedrohen die Finanzierung der grundlegenden Lebenserhaltung für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung. Besonders die Preise für Energie und Lebensmittel explodieren regelrecht. Ärmere Menschen können die hohen Kosten schon heute kaum noch kompensieren. Laut dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend müssen sich 59% der Ostdeutschen und sogar 77% derjenigen mit einem Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro mittlerweile im Alltag stark oder sehr stark einschränken. Einer aktuellen INSA-Umfrage zufolge verzichtet jeder sechste Deutsche gar auf eine Mahlzeit, bei den Ärmsten mit unter 1.000 Euro Nettoeinkommen sogar jeder Dritte. Dabei stehen die größten Ausgabeposten mit den Energiekostenabrechnungen erst noch bevor. Klar ist: Sobald die Nachzahlungen für Strom und Heizung kommen, werden sehr viele Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Betroffen sein wird dann nicht nur der ärmste Teil der Bevölkerung, sondern auch die ökonomische Mitte der Gesellschaft. Brandenburg wird hier aufgrund seiner niedrigen Lohnstruktur, der im Osten geringeren Vermögen sowie der höheren Energiepreise besonders betroffen sein. Es droht eine Armutswelle. Gerade einkommensschwache Menschen und Familien mit Kindern sind überproportional stark von den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen betroffen und benötigen dringend eine wirksame Entlastung. Auch die brandenburgische Wirtschaft gerät zunehmend in Schwierigkeiten. Neben ausbleibenden Lieferungen aus

- Familie
- Rente
- Hartz IV
- Soziales
- Heizkosten
- Miete
- Studium
- Migration



**Soziale
Bürgerberatung**
Tel: 0355/ 22 440

Unterwegs in der Lausitz

Fernost, was immer wieder zu Produktionsunterbrechungen führt, kommen auf die nach zwei Jahren Pandemie ohnehin angeschlagenen Unternehmen nun noch immense Mehrkosten aufgrund massiv gestiegener Energiepreise zu. Besonders kleine und mittelständische Betriebe geraten dadurch immer häufiger in Liquiditätsprobleme. Ein Ausbleiben von Öl- und Gaslieferungen würde diese Situation noch weiter verschärfen. Der vbw geht in einer aktuellen Studie bei einer längeren Unterbrechung der Gasversorgung beispielsweise von einem Einbruch der Wirtschaftsleistung von etwa 12% aus. Bundesweit wären damit 5,6 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr. Der Bundesrepublik droht zunehmend eine Wirtschaftskrise. Die kleinteilige und an Kapitalreserven ärmere brandenburgische Wirtschaft wäre von so einer Krise deutlich stärker betroffen.

Im Haushalt 2022 sind 500 Mio. Euro an zusätzlichen Ausgaben veranschlagt worden, welche aus dem kreditfinanzierten Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ finanziert werden. Mit Stand vom 31.05.2022 wurden insgesamt 22 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von insgesamt 253,625 Mio. EUR bewilligt. Das entspricht knapp der Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel. Der Mittelabfluss wurde am 09.06.2022 seitens des MdFE mit 66,3 Mio. Euro angegeben. Mit dem Jahresabschluss 2021 hat die Landesregierung weitere 500 Mio. Euro an zusätzlichen Krediten an das Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ abgeführt. Damit sind im Sondervermögen insgesamt 1 Mrd. Euro geparkt worden, von denen zum Stichtag 31.05.2022 22 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen in Höhe von 253,625 Mio. Euro bewilligt worden. Der Rest der Mittel im Sondervermögen ist bisher nicht mit Maßnahmen untersetzt (Stichtag 03.06.2022).

Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, um den Zweck des Sondervermögens über die coronabedingten Mehrausgaben zu öffnen, um mit diesen Maßnahmen auch auf die Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine finanziell reagieren zu können. Die Koalition hat dies abgelehnt. Es dürften also mindestens nach 740 Mio. Euro im Sondervermögen geparkt sein, mit denen man bei einer entsprechenden Öffnung des Sondervermögens landesseitig gegensteuern könnte.

Dafür bedarf es nicht einmal eines Nachtragshaushaltes sondern einfach nur die Öffnung des Sondervermögens.



Gemeinsam für Cottbus und Spree-Neiße unterwegs: Anke Schwarzenberg, MdL und Christian Görke, MdB

Ein Vormittag beim Verbraucherschutz

Die Menschen habe immer mehr Sorgen. Sie machen sich nicht nur Sorgen um ihre Gesundheit, sondern sorgen sich über die hohe Inflation und die damit einhergehenden höheren Lebenshaltungskosten.

Unter dem sperrigen Namen Verbraucherzentrale verbirgt sich eine Einrichtung, die an der Seite der Menschen steht, und sie als Verbraucher stärken will. In der vorigen Woche besuchten wir die Verbraucherzentrale, die ihren Sitz in der Rosenstrasse neu bezogen hat. Wir wollten wissen mit welchen Problemen die Menschen hierherkommen, und wie ihnen geholfen werden kann.

Schnell wurde klar, Fragen zur Energie sind der derzeitige Schwerpunkt. Die Energieberater könnten zurzeit rund um die Uhr arbeiten, der Bedarf ist groß. Fast 46% aller Anfragen im ersten Quartal 2022 an die Verbraucherzentrale beschäftigten sich mit dem Thema Energie und Wohnen. Angefangen bei Kündigungen von Strom- und Gaslieferverträgen, zu hohen Abschlagszahlungen, kurzfristige Einstellung der Belieferung, Stromsperren und andere Fragen kommen die Menschen hierher.

Es gibt aber auch Menschen, die eine große Scheu haben Einrichtungen selbst aufzusuchen und nach Hilfe zu fragen. Dafür wurde das Projekt „Verbraucher stärken im Quartier!“ entwickelt. Der Stadtteil Sandow profitiert davon. Die

Menschen aufsuchen präsent sein in ihrem Lebensumfeld, ihnen die Scheu nehmen und Vertrauen aufbauen, das ist wichtig bei diesem Projekt. Denn oft sind es die Schwächsten der Gesellschaft, die abgezockt werden, weil sie sich zu wenig wehren können.

Mit einem kleinen Rundgang haben wir uns die Möglichkeiten zeigen lassen, wie die beiden hochengagierten Mitarbeiter es schaffen, dass die Menschen Vertrauen haben und sich Hilfe holen.

Die Verbraucherzentrale wird gebraucht, und ist sich ihrer Rolle auch bewusst. In der Diskussion wurde klar, die Verbraucherzentrale wird gebraucht. Es ist wichtig und notwendig, dass die Brandenburger Landesregierung die Verbraucherzentrale weiter unterstützt und ausbaut.

Beratungsstelle Cottbus

Rosenstraße 1 | 03046 Cottbus

Telefon: 0331/98 22 999 5 (Landesweites Servicetelefon; Mo-Fr: 9-18 Uhr) | Beratung nur nach Terminvereinbarung

Die Beratungsthemen betreffen fast alle Lebensbereiche, wenn auch zur Zeit der Focus auf Energie liegt wird in Zukunft auch das Thema Pflege eine große Rolle spielen.

An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die engagierten Mitarbeiter der Verbraucherzentrale. AS

QUEERES LINKES LEBEN

Einen Ort, um Erfahrungen auszutauschen, einen weiteren Safespace und ganzjährige Stärkung: genau das sollte die queere Community in Cottbus erhalten. Wir, die Linksjugend Lausitz, versuchen zurzeit genau das durch einen queeren Stammtisch zu erreichen. Dieser soll sich bald einmal im Monat an einem zentralen und gemütlichen Ort treffen. Für ein erstes Kennenlernen ist ein Filmabend mit Popcorn und ausschließlich queeren Filmen geplant, welcher am 25.08.2022 im „quasiMono“ stattfinden soll. Eine genaue Uhrzeit sowie die gezeigten Filme werden wir natürlich noch bekanntgeben. Alle, die Lust auf einen offenen und vor allem bunten Abend haben, sind herzlich eingeladen zu kommen. Wir freuen uns auf euch!

TERMINE

Politischer Kaffeeplausch immer Mittwochs (Juli und August), jeweils von 15 - 18 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

Sommertour

mit Christian Görke

Vor Ort:

in Guben

22.07. 16 - 18 Uhr

Kulturhaus

Obersprucke



26.07. Bürgerdialog

Preisexplosion stoppen! Menschen entlasten! Armut verhindern!

Kommt in großer Zahl am 26.07. zwischen 16 und 18 Uhr auf den Cottbuser Platz am Stadtbrunnen! Dort werden wir mit Christian Görke, MdB, Sebastian Walter, MdL und Anke Schwarzenberg MdL über die brennenden aktuellen Fragen ins Gespräch gehen. Begleitet wird der Termin von der Landeskampagne „Deckel drauf“.

VORSCHAU

25.08. Stammtisch QUEER Kinoabend im „Quasimono“

31.08. Bürgerdialog & Kundgebung Gegen Sozialen Abbau! Wer trägt die Kosten der Krise?

Christian Görke, Sebastian Walter und die Politiker:innen der Stadtfraktion stellen sich den Fragen der Bürger:innen. 16 - 18 Uhr, Platz am Stadtbrunnen, 19 Uhr Kundgebung

01.09. Vortrag und Diskussion

DAS LINKE BGE im Blick, 18.30 Uhr Zelig

03.09. Familien- und Friedensfest im Familienhaus, 14 - 18 Uhr

Cottbus und der Rechtsextremismus

Der Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder, René Wilke (DIE LINKE) war jüngst im Strombad bei unserer Zukunftswerkstatt zu Gast. Viele interessante Gedanken und Informationen. Er sagte u.a. sinngemäß, dass er als Oberbürgermeister natürlich mit allen politischen Akteuren in seiner Stadt sprechen muss, egal welcher Couleur. In der praktischen Politik gibt es aber klare Grenzlinien. Der Verfassungsschutz stuft die AfD als Verdachtsfall Rechtsextremismus ein. Einige Personen und nahestehende Vereine und Vereinigungen sind nicht nur Verdachtsfall. Insgesamt wird der Extremismus von Rechts als klare Gefahr für unsere Demokratie eingeschätzt.

Der Cottbuser OB Holger Kelch stellte am Vormittag des 1. Juli dieses Jahres, im Beisein des brandenburgischen Innenministers, ein Strategiepapier der Stadtverwaltung gegen Rechtsextreme vor. Lange hat es gedauert, dass hier die Verwaltung zumindest formal aktiv wurde. (Corona gilt ja gern mal als Grund für so manche Verzögerung.

Dass am Abend des gleichen Tages die AfD einen sog. Bürgerdialog in diesen Räumen durchführen konnte, ist nicht nur ein kleines Versehen irgendeiner Stelle in der Verwaltung. Nein, es zeugt wohl vielmehr von politischer Blindheit oder gar unklarer Haltung zu Verfassungsfeinden. Wenn für unseren Oberbürgermeister es seit Jahren wichtig war, immer wieder zu betonen, dass er „OB für

alle Cottbuserinnen und Cottbuser ist“, praktiziert er offensichtlich nur den ersten Teil der Haltung seines Kollegen aus Frankfurt/O. In der Stadtverordnetenversammlung Juni hatten die Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bü90/Grüne versucht, diesen Skandal per Antrag noch abzuwenden, zumal bis dato nur eine Reservierungszusage, aber kein Vertrag gegenüber der AfD vorlag. Das Argument von Holger Kelch, dass das Stadthaus der politischen Arbeit allen in unserer Stadt zur Verfügung stehe, war auch sehr dünn. Die Nutzungsanfrage war nämlich von der Bundestagesfraktion der blauen Demokratie“freunde“ gestellt worden. Eine Mehrheit der Stadtverordneten, wenn auch keine sehr deutliche, lehnte den Antrag aus Gründen der Toleranz und Gleichbehandlung ab. Sogar das Grundgesetz wurde als Begründung herangezogen. In der Lausitzer Rundschau wurde vom „konservativen Lager“ geschrieben. Kleine Denkanregung: Der Philosoph Karl Popper formulierte:

„Weniger bekannt ist das Paradoxon der Toleranz: Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“ Ebs

Sommertour

mit Christian Görke & Sebastian Walter



Ein Schutzschirm für Brandenburg



in Cottbus

26.07.

16 - 18 Uhr

Platz am

Stadtbrunnen



Politischer Kaffeeplausch

Immer Mittwochs 15 bis 18 Uhr

Impressum Nr. 13/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: S. 1 pr/dielinke S. 3 oben pr/dielinke

/// NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 29.07.2022, Redaktionsschluss: 27.07.2022